

Dokumentation zur Fachtagung

„Engagement und Sorgestrukturen im kommunalen Raum – Befunde und Konsequenzen des siebten Altenberichts der Bundesregierung“

Termin: 10. Mai 2017, 11.00-16.00 Uhr

Ort: Heidelberg, Ruprecht-Karls-Universität | Alte Aula, Grabengasse 1, 69117 Heidelberg

EINLEITUNG

Die Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (ARBES) zielte darauf, den siebten Altenbericht der Bundesregierung in wichtigen Teilen weiter zugänglich zu machen und hinsichtlich seiner Bedeutung für die Praxis vor Ort zu beleuchten.

Im Zentrum standen drei Themenbereiche, die für die Arbeit von Seniorenbüros von besonderer Bedeutung sind: (1) Sorge und Mitverantwortung, (2) Soziale Ungleichheit und Teilhabe und (3) Engagement und Partizipation. Jedes Thema wurde mit einem Fachvortrag von einem Mitglied der Altenberichtscommission eröffnet. Daran schloss sich jeweils eine Gesprächsrunde mit einer Expertin bzw. einem Experten aus der Praxis sowie eine Diskussion im Plenum an.

1. SORGE UND MITVERANTWORTUNG

Prof. Dr. Andreas Kruse verdeutlichte in seinem Fachvortrag, dass im hohen Lebensalter ein zunehmendes Risiko im Hinblick auf die körperliche und emotionale Vulnerabilität zu beobachten sei. Er wies jedoch auch auf die kognitiven, sozialen und kommunikativen Kapazitäten älterer Menschen hin. Die Sorge um ältere Menschen einerseits, wie auch das Erkennen ihrer Potenziale andererseits, gilt es laut Prof. Dr. Kruse und der Altenberichtscommission zu berücksichtigen. Es sei wichtig, ältere Menschen in Sorgestrukturen einzubinden, in denen sie nicht nur Empfangende von Pflegeleistungen sind, sondern auch ihrerseits Sorge gegenüber anderen leisten. Um geeignete Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der Selbst- wie auch der Weltgestaltung zu schaffen, sei es für uns als Gemeinschaft wichtig, über bestehende kollektive Altersbilder nachzudenken.

Außerdem betonte Prof. Dr. Kruse, dass es von Bedeutung sei, Menschen in ihrem gesamten Lebensverlauf mit bildungs- und netzwerkbezogenen Ressourcen auszustatten, damit die Aspekte der Sorge und Mitverantwortung zur Verwirklichung gebracht werden könnten. Diese Ressourcen seien momentan allerdings in den Kommunen nicht ausreichend vorhanden. Als Grund hierfür nannte Prof. Dr. Kruse, dass die Seniorenarbeit nicht im Pflichtkatalog der Daseinsvorsorge verankert sei. Darüber hinaus bestehe auch eine soziale Ungleichheit zwischen und innerhalb der Kommunen.

Prof. Dr. Kruse zeigte abschließend auf, dass Sorge und Mitverantwortung nicht nur von der Ressourcenausstattung, sondern auch von der individuellen Solidarität abhängig seien. Er betonte, dass es ebenso wichtig sei, die Begeisterung für das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

Gerhard Kiechle stellte im Expertenbeitrag die zentralen Aussagen des Altenberichts bezüglich der Daseinsvorsorge und der Subsidiarität in den Kontext der Kommune. Seiner Meinung nach sind eine starke Einbindung der Bürgerschaft und die Herstellung eines Hilfemixes unabdingbar. Kiechle betonte, dass soziale Teilhabe, Mitverantwortung und Selbstgestaltung eine gesetzliche Verpflichtung und Neuaushandlung der Rolle der Kommune voraussetzten.

Die anschließende Gesprächsrunde und Diskussion im Plenum zeigte nochmals die Bedeutung der Rolle der Bürger/innen und der Kommune im Hinblick auf Sorge und Mitverantwortung auf. Prof. Dr. Andreas Kruse und Gerhard Kiechle betonten, dass vor Ort gute Lebensverhältnisse geschaffen und die Prioritätensetzung der Kommunen angepasst werden müssten, damit Sorge und Mitverantwortung ermöglicht würden. Zudem bedürfe es einer geteilten Verantwortung zwischen Kommunen, Bürger/innen und Pflegekassen, damit die Versorgung sichergestellt sei.

2. SOZIALE UNGLEICHHEIT UND TEILHABE

Prof. Dr. Susanne Kümpers fokussierte sich in ihrem Fachvortrag auf bestimmte soziale Gruppen, die besonders von sozialer Ungleichheit und mangelnder Teilhabe betroffen sind. Außerdem ging sie auf die sozialräumliche Ungleichheit ein und zeigte Handlungsmöglichkeiten für Kommunen auf.

Prof. Dr. Kümpers verdeutlichte, dass insbesondere alleinstehende ältere Frauen, ältere Menschen mit Migrationshintergrund und Ältere mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen von sozialer Ungleichheit im Alter und Altersarmut betroffen seien. Diese Ungleichheit habe auch Auswirkungen auf die Gesundheit. In Bezug auf Frauen nannte Prof. Dr. Kümpers insbesondere den geringeren Bildungsabschluss, den Einsatz in der Angehörigenpflege wie auch die höhere Lebenserwartung und damit einhergehende höhere Krankheitslast als Faktoren der Ungleichheit. Im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund ließen sich die durchschnittlich schlechtere Gesundheit und der Verbleib in eigenen ethnischen Netzwerken als Gründe nennen. Bei älteren Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen zeigte Prof. Dr. Kümpers die fehlenden kommunalen Bezüge als Gründe der Ungleichheit auf. Auch ältere Homosexuelle seien oft aufgrund von lebenslanger Isolation und Einsamkeit im Alter von sozialer Ungleichheit betroffen.

Prof. Dr. Kümpers betonte, dass die bestehende soziale Ungleichheit oft auch von der Situation in den Kommunen, nämlich sozialräumlich getrennter Wohngebiete, verstärkt werde. Sie rief dazu auf, dass lokale Netzwerke inklusiver werden müssten und Kommunen besser lernen müssten mit Diversität umzugehen. Ihrer Meinung nach müssten Kommunen soziale Teilhabe ermöglichen, da Teilhabe wirksam für die Gesundheit sei.

Auch Ursula Woltering verdeutlichte im Expertenbeitrag, dass die Förderung der sozialen Teilhabe und der lokalen Netzwerke eine bedeutende Aufgabe der Kommunen sei, die zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen vor Ort beitrage. Sie vertrat außerdem die Meinung, dass die Versorgung im Bereich der Pflege nur durch die Anbindung des Case Managements an die Kommunen möglich sei. Dabei müssten bürgerschaftliches Engagement und Pflegekassen zusammenwirken.

Die Gesprächsrunde wie auch die Diskussion im Plenum zeigten, dass insbesondere der Vernetzung unter den verschiedenen Akteuren und der bedarfsorientierten Sozialplanung in Zukunft mehr Bedeutung beigemessen werden müssten. Des Weiteren wurde die Forderung

laut, dass lokale Angebote weiter geöffnet und inklusiver werden müssten, um besser mit Diversität umgehen zu können. Letztlich sei auch politischer Einsatz gefordert, um die Altenhilfe prominenter in Planungsprozessen zu verankern.

3. ENGAGEMENT UND PARTIZIPATION

Prof. Dr. Thomas Klie stellte als Mitglied der Alten- und Vorsitzender der Engagementberichtscommission wichtige Aspekte hinsichtlich von Engagement und Partizipation vor. In beiden Kommissionen sei die Kommune als politische Handlungsebene und das Prinzip der Subsidiarität als wichtige Kategorien angesehen worden. Prof. Dr. Klie erläuterte, dass sich beide Kommissionen intensiv mit sozialer Ungleichheit auseinander gesetzt hätten. Seiner Meinung nach entschieden sich Zukunftsfragen daran, wie wir mit sozialer Ungleichheit umgehen. Es sei daher auch erforderlich, sich für die verschiedenen Formen des Engagements zu öffnen, da dies die Voraussetzung für gemeinsame Sorge sei.

Prof. Dr. Klie betonte, dass es unumgänglich sei, Engagementpolitik als Strukturpolitik zu begreifen. Dies bedeute, dass Engagementpolitik sozialraumorientiert betrieben werden müsse und dass die Engagementförderung dort anknüpfe, wo wir Menschen uns in lebensweltlichen Verantwortungen wiederfinden. Prof. Dr. Klie rief außerdem dazu auf, die Engagementpolitik nicht etatistisch zu sehen, sondern sie stattdessen zu einem Querschnittsthema zu machen.

Angela Perlet zeigte aus ihrer Praxiserfahrung heraus, dass es wichtig sei, nicht nur individuelles und persönliches Engagement, sondern immer auch die jeweiligen Milieus und vorhandenen gemeinsamen Ressourcen zu betrachten. Perlet sah aufgrund der steigenden Lebenserwartung zukünftig zwei Aufgaben für die Kommunen: Erstens müsse der wachsende Pflegebedarf sichergestellt werden und zweitens müssten die Ressourcen und Potenziale des Alters erkannt und teilhabend miteinbezogen werden. Hierfür müssten Ermöglichungsstrukturen ermittelt und vor Ort implementiert werden. Perlet wies auf die notwendige Grundhaltung hin, das Altern nicht als Belastung, sondern als Chance zu begreifen. Diese Haltung müsse von jedem kommunalen Akteur geteilt werden. Diese Haltung zu ermöglichen, sei die Aufgabe jeder Kommune.

Auch die anschließende Gesprächsrunde und Teilnehmende im Plenum betonten die Bedeutung der Strukturförderung für das Engagement und die Partizipation. In einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen der Zivilgesellschaft und den Kommunen müssten die Rahmenbedingungen vor Ort verbessert und darauf geachtet werden, dass sich die unterschiedlichen Akteure ergänzen und nicht ersetzen. Die Förderung dieser Form des Miteinanders erfordere weitere Lern- und Bildungsprozesse.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Insgesamt war die Fachtagung nicht nur aufgrund der hohen Teilnehmerzahl, sondern insbesondere auch durch die Auseinandersetzung mit den Kernaspekten des Altenberichtes ein Erfolg. Die Fachvorträge der Mitglieder der Altenberichtscommission, die Erfahrungen aus der Praxis vor Ort wie auch die anschließenden Diskussionen zeigten die Bedeutung einer Verbesserung der kommunalen Versorgungsstrukturen. Es herrschte Einigkeit darin, dass dies vorwiegend durch die Übertragung von Verantwortung auf Kommunen und die Förderung von Engagement, Teilhabe und Partizipation älterer Menschen geschehen sollte.